

Göttingen, 13.12.2019

**Änderungsantrag zu Top 4 der Ratssitzung
Resolution "Resolution: Gegen Gewalt und Terror - für ein friedliches, weltoffenes und demokratisches Göttingen"**

Der Text der Resolution wird wie folgt ergänzt/geändert:

Der Rat der Stadt bekennt sich zu einem friedlichen, weltoffenen und demokratischen Göttingen.

Aus diesem Grund verurteilt der Rat:

- jede Form von Gewalt, Einschüchterung, Bedrohung und antidemokratischem Vorgehen.
- im Besonderen aufs Schärfste den Brandanschlag auf das Amtshaus mit Sitz der städtischen Ausländerbehörde. Die Mitarbeiter*innen, die tagtäglich gewissenhaft ihrer Arbeit nachgehen und dabei geltendes und demokratisch legitimes Recht anwenden und umsetzen verdienen für ihren Einsatz unsere Solidarität, unseren Respekt und unsere Anerkennung. Wir bitten den Oberbürgermeister zu prüfen, wie die Sicherheit der Mitarbeiter*innen verbessert werden kann.
- im Besonderen aufs Schärfste die wiederholten Brandanschläge und Nazi-Schmierereien auf dem Gelände der Universität Göttingen und auf Häuser der Wohnrauminitiative.

Die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist ein Anschlag auf die Demokratie. Die Drohungen gegen die Mitarbeiter*innen der Stadt sowie auf dem Gelände der Universität und gegen Häuser der Wohnrauminitiative ist ein Versuch, der kriminellen Einschüchterung und politischen Beeinflussung. Beides ist für uns Anlass, uns konsequent gegen jegliche Form antidemokratischen und gewaltsamen Agierens zu stellen.

~~Wir bitten den Oberbürgermeister alles Mögliche zu tun, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.~~

Göttingen muss eine Stadt des Friedens, der Weltoffenheit und des friedlichen Meinungs-austausches bleiben. Ohne Gewalt und ohne Anschläge.

~~Wer immer auch – ob von rechts oder von links – seine politische Meinung mit Gewalt und Einschüchterung durchsetzen will, muss von allen Demokratinnen und Demokraten als Feind der Demokratie geächtet werden.~~

Begründung:

Am 25.11.2019 wurde ein Brandanschlag auf das Amtshaus verübt, in dem die Ausländerbehörde untergebracht ist. Zu Schaden kam das Gebäude, beschädigt wurde die administrative Infrastruktur. Dadurch wurden Verwaltungsakte für die Betroffenen massiv verzögert, sodass diese in ihren Lebenssituationen leiden müssen. Die Mitarbeiter*innen der Ausländerbehörde sollten durch den Anschlag offenbar eingeschüchert werden, eine Zumutung für diejenigen, die geltendes Recht anwenden. Auf dem Weg der Gewalt kann kein demokratischer Diskurs akzeptiert werden. In einer weltoffenen und demokratischen Stadt ist der friedliche Meinungs-austausch der einzig richtige Weg.

Außerdem kam es in der Nacht zum 28.10.2019 auf dem Gelände der Göttinger Universität zu mehreren rechtsradikalen Vorfällen, bei denen es u.a. zu einem Brandanschlag, eine Hakenkreuzschmiererei sowie weitere nationalsozialistische Symbole, einem Farbanschlag und der offenkundigen Drohung „Wir kommen“ kam. Immer wieder wurden in den vergangenen Jahren Häuser der Wohnrauminitiative, die sich gegen rechte Akteure positioniert, Ziel von eindeutig rechts motivierten Angriffen, wie beispielsweise die Beschädigung von Eigentum, Angriffen mit Pyrotechnik oder dem Beschmieren mit rechten Graffitis.

